

Zeige 2



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/47

24. Februar 1950

"Bruderschaft", Odessa" u.a.

W.P. Die Verlautbarung des amerikanischen Ehen Kommissars McClroy, wonach alliierte Agenten gegenwärtig Nachforschungen über

eine militärische Untergrundbewegung anstellen, lenkt die Aufmerksamkeit auf die ehemaligen Stabsoffiziere der deutschen Wehrmacht,

denen durch die Entmilitarisierungs-Bestimmungen des Alliierten Kontrollrates die Möglichkeit der Anwendung ihrer militärischen

Fähigkeiten und die Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit entzogen wurde. Während es den vielen mehr oder weniger getarnten "Kamerad-

schaftlichen Vereinigungen" in erster Linie um die Herstellung ihrer Pensions- und Versorgungsgerechte geht, liegt das Interesse dieser

Stabsoffiziere vor allem auf politischem Gebiet. Eine interne Arbeitstagung der "Bruderschaft", die am 12. Februar in Hannover

stattfand, befasste sich fast ausschliesslich mit militärpolitischen Fragen und Organisationsproblemen zur Festigung eines "Or-

dens", dessen erste Aufgabe die Konservierung einer "Führungselite" sein soll.

Die "Bruderschaft" ist ein Orden, dem vornehmlich Angehörige aus den mittleren Stäben der Wehrmacht angehören. Es ist nicht die

einzige Organisation dieser Art. In Süddeutschland besteht beispielsweise die von ehemaligen prominenten Nationalsozialisten

gelenkte geheime Gruppe "Katakomben Scheinwerfer", während über das gesamte Bundesgebiet die "Odessa" (Organisation der ehemaligen

SS-Angehörigen) Verbindungen unterhält. Diese Verbindungen reichen über die Industrie, Regierungsstellen, Mitteldeutschen Freiheits-

bund und Ostzone hinaus bis in die an Westdeutschland angrenzenden Länder. Die politischen Ziele aller dieser Geheimbünde enden

in der Feindschaft zum demokratischen Staat.

Das politische Sprachrohr der "Bruderschaft" ist zunächst die "Deutsche Union". Sie hat in einer internen Schrift erklärt, ihr

Nahziel für die kommenden Landtagswahlen sei, die "Vorherrschaft" der SPD in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zu brechen. Sie

findet sich dabei auf einer Linie mit dem Parteiführer Adenauer, der zur Eröffnung des Wahlkampfes in Nordrhein-Westfalen ebenfalls erklärt hat, Hauptfeind sei die SPD. Die Ziele der "Bruderschaft" gehen jedoch viel weiter als das von der "Deutschen Union" herausgegebene Programm. Beide werden nur solange existieren, bis die Aufgabe, "die Tradition deutschen Führertums in eine spätere Zeit hinüberzuretten und die Leitung der Geschicke unseres Volkes wieder in die Hand zu nehmen", erfüllt ist. Wenn der Kampf um "eine Staatsform, die der deutschen Tradition, unserer Geschichte und unserem Raum entspricht", losgeht, wird eine neue Basis gefunden sein. Bis dahin besteht nach Auffassung der "Bruderschaft" für den ehemaligen Offizier die Verpflichtung, solange im politischen Kampf zu stehen, bis diejenige Staatsform und Führung erreicht ist, "der sie nach Ehre und Gewissen gehörchen können".

Herr Beck-Broichsitter, früherer Ia im Stab des SS-Panzer-Armee-Korps "Gross-Deutschland", hat in einem Brief an General Halder von dem Gehorsam gesprochen, "der die Republik des Soldaten sei", dass aber, was einem Könige ohne Vorbehalt gebühre, nicht jeder Partei zukomme, wenn sie zur Macht gelangt. Wir glauben, diese Sätze verraten die ganze "soldatische Grundhaltung", die sich mit einem demokratischen Lebensstil nicht abfinden kann. Sehr richtig antwortete daher Halder, als er von "Erscheinungen" sprach, "die sich für geistige Strömungen halten, in Wirklichkeit aber nur gefühlsmässige Reaktionen darstellten".

Auch wir glauben nicht, dass die Zukunft ohne schwere geistige Kämpfe gestaltet werden wird und nicht mühelos in den Schoss fällt, was schwer errungen sein will. Dass aber preussischer Gehorsam und "gerangte Ordnung" in der heutigen Zeit zu einer harmonischen Gesellschaftsordnung führen können, scheint uns gänzlich unwahrscheinlich. Leider aber ist durch Berichte der letzten Tage erhärtet worden, dass auch die Bundesregierung Kontakt zu Kreisen ehemaliger Generalstäbler unterhält oder unterhalten hat. Es besteht ein "nichtamtlicher" Kreis von Bundestagsmitgliedern der Regierungskoalition, der sich mit militärischen Fragen befasst. Während der Remilitarisierungsdebatte, die vor wenigen Monaten die Gemüter bewegte, haben Mitglieder dieses Kreises an Zusammenkünften früherer Stabsoffiziere teilgenommen und Vorschläge entgegengenommen, die dem entsprachen, was Bundeskanzler Adenauer angeblich von General Manteuffel nicht erhalten haben will. Manteuffel wird bekanntlich als das oberste Haupt der "Bruderschaft" bezeichnet. Es scheint, als ob unter der Oberfläche Einflüsse auf die politischen Entscheidungen ausgehen, die wirksamer sind als in der Öffentlichkeit gemeinhin angenommen wird.

Partei Gründungsfieber in Österreich

W.F. Wien, Ende Februar

Es kriselt in den Österreichischen Parteien. In den letzten Tagen häuften sich die Zerfallserscheinungen, die Austritte, Miss-
trauenserklärungen, Reorganisationsversuche und Neugründungen in
einem Masse, dass man geneigt ist, zu all diesen Geschehnissen ei-
ne gemeinsame Zündschnur zu suchen. Aber solche Bemühungen sind ver-
geblich. Das politische Durcheinander lenkt der blinde Zufall. Ge-
wiss, die auslösenden Kräfte sind schon längst am Werk. Begreif-
lich, dass extra eine Partei vom Schlage der "Demokratischen Union"
des Universitätsprofessors Dr. Dobretsberger, die bei den Wahlen
kein einziges Mandat erringen konnte, in ihrem Bemühen um ihr Wei-
terbestehen etwas unternehmen muss. Der Parteichef gab einem Inge-
nieur Kober aus Graz den Auftrag, für die Partei neue Geldgeber
zu gewinnen. Die Salzburger Landesleitung protestiert und erklärt,
ihre Mitglieder wollten "auch in der schärfsten Krise anständige
Politiker bleiben".

Da der Wähler solche Worte gerne hört, nahm sie auch der Na-
tionalrat Oskar Huemer aus Linz in den Mund und beschwor damit

einen Krach in der drittstärksten Partei Österreichs, im "Verband
der Unabhängigen" herauf. Der Krach war vorauszusehen. Im Leiter-
artikel der "Allgemeinen Tagespost" wird dies auch offen zugegeben;
es heisst darin, dass viele Anhänger der neuen Partei es im Wahl-
kampf nicht verstehen konnten, "dass Huemer das sozialpolitische
Forderungsprogramm des VdU in einer Art und Weise kommentierte, die
zumindest optisch den Methoden der äussersten Linken verdammt nahe
kam".

Einen Tag nach seinem Austritt aus dem VdU gründet Huemer be-
reits den "Freien Arbeitnehmersverband", der antimarxistisch einge-
stellt sein und sich sozusagen zu einer neuen Arbeiterpartei ent-
wickeln soll. Nun besteht für ihn wenig Aussicht, in die Domänen
der Sozialisten einzubrechen. Der viel besser fundierten Österrei-
chischen Volkspartei ist es mitsamt ihrem Arbeiter- und Angestell-
tenbund nicht gelungen und auch bei den im VdU organisierten Arbei-
tern erhielt er eine Abfuhr. Trotzdem ist der oberösterreichische
Landesvorstand zurückgetreten. Ein Exekutivkomitee führt inzwischen
die Geschäfte.

Auch im Osten regt es sich. Seit Wochen laden grellrote Pla-
kate zur ersten Kundgebung der "Nationaldemokratischen Partei" in

den Wiener Konzerthausaal. Ihr Gründer ist ebenfalls ein VdU-Dissident namens Josef Heger, dessen Name aus der Vorwahlzeit bekannt ist und der nun alle österreichischen Parteien "Befehlsempfänger" des Westens oder des Ostens nennt.

Über die stärkste Partei im Staate, die ÖVP, in der es ebenfalls bedenkliche Spannungen gibt, wurde in den letzten Tagen weniger diskutiert. Das Projekt einiger älterer Politiker, die alte Christlich-Soziale Partei neu zu gründen, scheint endgültig begraben zu sein, weil die in den Jahren 1934 - 38 durch ihren autoritären Kurs schwer belastete Partei auf nur geringen Zulauf bei den jüngeren Jahrgängen rechnen könnte. Auch der Plan einer rein katholischen Partei, die bessere Aussichten hätte, hat sich nicht durchgesetzt. Innerhalb der ÖVP tobt ein Kampf zwischen den Bündern, die ihr angehören und der rein politischen Führung. Jeder der Bündnisse (Arbeiter- und Angestellten-, Bauern- und Wirtschaftsbund) sucht auf die Parteiführung den grössten Druck auszuüben. Es geht ja darum, dass beim nächsten Bundesparteitag die Posten des Bundesobmannes und des Parteisekretärs neu besetzt werden, denn Partei- und Staatsfunktionen sollen getrennt werden. So gilt es als ausgemacht, dass Dr. Ing. Figl nicht mehr Bundesobmann und Dr. Hurdas (jetzt Unterrichtsminister) nicht mehr Bundesparteisekretär bleiben wird. Ein gewichtiges Wort wird der Jugend zufallen, die sich um den Obmann der "Jungen Front", Dr. Strachwitz, schart und um ein klares Programm ringt.

Unberührt von den Krisen anderer Parteien stehen die Sozialisten Österreichs. Es scheint, als sei Erwin Scharf und sein Anhang, der sich "linkssozialistisch" nannte und mit fliegenden Fahnen zu den Kommunisten überlief, der letzte lose Stein im Bau der SPÖ gewesen. Denn seit dieser Affäre, die, wie sich später herausstellte, doch stark überschätzt worden war, ist die geistige und organisatorische Homogenität der Sozialisten trotz des Rückschlages bei den Wahlen unverändert geblieben.

Gleichstellung ohne Vorbehalt

Das von der Bundesregierung vorgesehene Gesetz zur Regelung der Pensionen ostvertriebener Beamter sieht, wie berichtet wird,

wieder keine volle Angleichung der Ansprüche Vertriebener und Einheimischer vor. Allerdings sollen von Beamtengehältern und Pensionen der Einheimischen etwa drei Prozent zur Deckung der Aufwendungen für die Ostvertriebenen mit herangezogen werden.

Eine tragbare Lösung kann aber nur in einer vollkommenen Gleichstellung aller Pensionsberechtigten gesehen werden, die jede unterschiedliche Klassifizierung beseitigt. Auf welcher Höhe dann die Renten möglich sein werden und wie weit die aktive Beamtenschaft zur Tragung der Kosten mit herangezogen werden kann bzw. muss, bedarf sorgfältigster Prüfung. Jedenfalls ist der Standpunkt des Herrn Hesse (Gewerkschaft Deutscher Beamtenbund), dass schon in dem vorgeschlagenen Gesetz der Bundesregierung eine "gefährliche Nivellierung" zu sehen sei, nur bezeichnend für eine jeglichen sozialen Verständnisses ermangelnde Einstellung, die mit dem "Treueverhältnis" zum Staat nichts gemein hat und von den vertriebenen Beamten nicht verstanden werden kann.

Zu fordern sind eine unbedingte Gleichstellung und, wo es zumutbar ist, die dazu notwendigen Opfer der Fest- und Dauerbeschäftigten, die in der heute so weit verbreiteten Existenzunsicherheit unschätzbare Vorteile geniessen.

G.D.

- 0 - 0 -

Presseskandal

sp. Es ist recht unerfreulich, dass es jetzt (in dem so ruhigen Hannover übrigens) einen ersten grösseren Presseskandal gegeben hat.

Die Zeitung, in der er sich abspielte, ist die "Hannoversche Allgemeine", bürgerliches Blatt, entstanden aus der Zusammenlegung der früheren CDU- und DP-Zeitungen. Verleger Dr. Madsack, vor nicht allzu langer Zeit Herausgeber des "Hannoverschen Anzeigers". Ausgeschiedene Redakteure: Dr. Hans Lehmann, schon einmal mit grossem Krach aus einer Zeitung, der "Neuen Zeitung" in München, ausgetreten, weil er seinen Kopf für sich hatte, dann sein Stellvertreter, schliesslich der politische und der kulturpoliti-

sche Ressortleiter.

Stein des Anstosses Dr. Adolf Halfeld. In der Zeit der Hedler-Freisprüche und Remer-Restauration, der Meissner, Feitenhansl und Dr. Richter (MdB) hätte es wenig Sinn, einem Journalisten aus der Zeit nach 1933 den betriebsamen Eifer und die Hartnäckigkeit nachzurechnen, mit denen er in den Amtsstuben beiderseits der Wilhelmstrasse Hände gedrückt und Schultern geklopft hat, ohne es nötig zu haben. Aber das, was sich der alterfahrene Fremdenblattmann heute noch leistete, nachdem er aus dem kleinen Springe wieder auftaucht war, ging seinen Kollegen denn doch über die Hutschnur. Sie hatten etwas gegen seine tiefgründige These, wenn die Engländer (nicht Hitler, wohlgermerkt) bei der Politik von München geblieben wären, wäre es nicht zum Kriege gekommen, also seien sie im Grunde schuld an dem ganzen Elend. Sie hatten auch gegen manche anderen Ansichten des Dr. Halfeld etwas, die oft denen Otto Strassers im kanadischen "Courir" auffallend glichen. Nun - sie redigierten die Manuskripte, solange es ging.

Aber eines Tages ging es nicht mehr, da andererseits der Verleger antikommunistische Kommentare mit dem Hinweis unterbinden wollte: Wisse man denn, was kommt? Gegenfrage: "Was könnte denn kommen, etwa die Rote Armee?" Und die bündige Antwort: "Ja". Chefredakteur in spe und Verleger fanden sich alsbald in fester Verbundenheit. Gruppe stand gegen Gruppe, Beschuldigung gegen Beschuldigung, fristlose Entlassungen folgten bereits ausgesprochenen Kündigungen und Hausbetretungsverbote beschlossen den Reigen.

Eine pikante zusätzliche Note lieferte der Verleger. Er hatte nach der Erklärung eines Mitlizenzträgers in einem Geheim-Vertrag die Bestimmung des niedersächsischen Ministerpräsidenten und des Presseausschusses, dass auf ihn nur 49 % der Anteile entfallen sollten, zu umgehen versucht und 51 % für sich beansprucht, die er jetzt einzutreiben bemüht war, um in der Zeitung voll nach eigenem Gutdünken schalten zu können. Zu den Unterzeichnern dieses zumindest ungewöhnlichen Vertrages gehörte auch der heutige Bundesverkehrsminister Seeborn.

Die Hannoveraner wollten am Freitag im "Spiegel" ("Druck des Inhaltes A. Madsack, Grossdruckerei G.m.b.H.") die chronique scandaleuse dieser Affäre nachlesen. Aber der "Spiegel", der über sonst ungefähr alles in der Welt, bis ins verschwiegenste Kämmerlein hinein, Bescheid weiss, wusste diesmal über die Dinge im eigenen Hause absolut nichts. Seltsam, recht seltsam. Und nicht sehr schön, dieser erste Presseskandal in Deutschland.